

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Gießener Universitäts- und Landesbibliothek
J. Lange, Gießen.

Schriftleitung, Verlagsstellen, Druckerei: Schulstraße 7, Gießener Anzeiger-Verlag, Gießen, Schell-
leimung: 112. Adresse für Drucknachrichten:
Anzeiger Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

69. Sitzung, Montag, 5. Juni 1916.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Helfferich.
Präsident Dr. Kappeler eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Vorlage auf Vertagung des Reichstages bis zum 26. September ist eingegangen.

Die Anleihebedarfsliste für die Schutzgebiete für 1914 wird ohne Aussprache erledigt.

Die Rechnungen für 1914 werden ohne Aussprache in dritter Lesung angenommen.

Kriegsbeschaffungsgezet.

(Zweite Lesung.)

Abg. v. Brodhausen (Kons.)

begründet einen solchen „angenehmen“ Antrag seiner Fraktion, nach dem der Reichstag zu beschließen hat, die Beschaffung von Kriegsmaterialien zu beschleunigen. Der Zweck der Kriegsmaterialienbeschaffung ist vor allem, unbedingte Kriegsgewinne zu treffen. Es sollte vorliegen, darüber kann sich der Reichstag nur Gewissheit verschaffen, wenn er die Verträge selbst einbringt. Das ist nur eine einfache Ausführung des Gesetzes und das verlangt die Stimmung in unserer Volks. Eine gute Stimmung ist aber auch diesem unbedingt notwendig. Deshalb muß hier Klarheit geschaffen werden.

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Ich kann den Ausführungen des Vorredners nicht ganz folgen. Durch den vorliegenden Antrag wird mir etwas übertrieben. Es ist nicht ganz leicht, sich über seine Tragweite im klaren zu werden. Es handelt sich hier aber doch um eine nicht unbedeutende Verflechtung der Kompetenzen zwischen Rechnungshof und Reichstag. Dieses Gesetz soll die Arbeiten des Rechnungshofes beschleunigen; es gibt ihm eine ähnliche Ermächtigung, wie sie früher bei dem Krieg in Subventionsangelegenheiten worden ist. Der Antrag bewegt sich auf einem ganz anderen Boden, er bezieht sich auf das Verhältnis des Reichstages zu den Reichstagen, die über Kriegslieferungen abgeschlossen werden. Das hängt mit dem Zweck dieses Gesetzes gar nicht zusammen. Ich halte es auch nicht für möglich, daß die Kompetenzen des Rechnungshofes durch Kompetenzen des Reichstages in gewisser Weise durchkreuzt werden. Ich bitte deshalb, den Antrag abzulehnen.

Abg. Kossel (Soc.)

Ich kann dem Staatssekretär im allgemeinen zustimmen. Der Antrag steht nur in einem sehr engen Zusammenhang mit dem Kriegsbeschaffungsgezet. Diese Vorlage entspricht einem ausdrücklichen Wunsch des Reichstages. Der Bundesrat hat sich eng an unseren Wunsch angelehnt.

Abg. Graf Westarp (Kons.)

Wir müssen unbedingt die Möglichkeit haben, die Form des Beschaffens von Kriegsmaterialien prüfen zu können. Ich gebe aber zu, daß der Antrag etwas vordringlich ist. Da eine Beratung hierüber im Ausschuss nicht möglich gewesen ist, so schlage ich vor, das Gesetz nochmals an den Ausschuss zurück zu überreichen.

Abg. Bassermann (Natl.)

Der Antrag hat zweifellos eine große Tragweite. Es ist fraglich, ob der Reichstag sich mit der Prüfung derartiger Rechnungsabläufe in allen Einzelheiten befassen kann. Der Rechnungsausschuss wäre jedenfalls die geeignete Stelle, diesen Antrag zu prüfen. Ich bitte daher, das Gesetz an den Rechnungsausschuss zu überweisen.

Die Veränderung des Reichsvereinsgesetzes.

(Zweite Beratung.)

Durch diese Vorlage soll im wesentlichen den Gewerkschaften und ähnlichen Berufsvereinen, auch solchen der Arbeitgeber, größere Bewegungsfreiheit geschaffen werden. Es sollen nicht mehr als politische Vereine gelten, wenn sie darauf verzichten, rein politische Fragen, Wahlrechtsfragen und Verfassungsfragen zu erörtern. Ferner wird die Mitgliedschaft gegeben, auch jugendliche Personen unter 18 Jahren als Mitglieder in die Gewerkschaft aufzunehmen.

Der Ausschuss hat der Regierungsvorlage zugestimmt und weitergehende Wünsche abgelehnt. Er schlägt eine Reihe von Entschärfungen vor, wonach 1. die für politische Vereine gegebenen Bestimmungen auf Vereine beschränkt werden, welche die Förderung politischer Angelegenheiten in Versammlungen bezwecken. Weiter wird gefordert, daß den Angehörigen des Staates und der Gemeinden das Vereins- und Versammlungsrecht nicht durch das Disziplinar- oder Vertragsrecht über das notwendige Maß hinaus beschränkt werde. Dem Reichstag soll baldmöglichst ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der das Arbeits- und Vertragsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten für das ganze Reich einheitlich regelt, der insbesondere auch die Strafbestimmungen gegen landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten wegen Einstellung der Arbeit oder Verabredungen zur Einstellung der Arbeit aufhebt.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft schlägt eine Reihe von Änderungen vor und will die bestehende Bestimmung der Bewegungsfreiheit so fassen, wie sie bereits in einem Reichstagsbeschlusse im Jahre 1915 beschlossen wurde, nämlich: Ein Verein, der bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Satzung haben. Nicht als politische Vereine gelten Vereine von Berufsangehörigen oder Angehörigen verschiedener Berufs- und Standesvereine, auch wenn sie zur Verfolgung ihrer Zwecke politische Gegenstände in Versammlungen erörtern. Nach dieser Fassung sollen also auch Erörterungen über rein politische Fragen, Wahlrechts- und Verfassungsangelegenheiten zugelassen sein.

Der Ausschuss hat sich auch einnehmend mit dem Sprachenparagrafen beschäftigt. Von verschiedenen Seiten wurde seine Aufhebung verlangt. Da die Regierung sich aber dagegen

erklärte, wurde eine solche Forderung in die Ausschussentwürfe nicht aufgenommen. Wohl wurde aber ein besonderer Initiativ-Entwurf beschaffen, der im Hinblick auf die Veränderung des Vereinsgesetzes, aber nicht im Rahmen innerhalb der Vorlage, angenommen und dann der Regierung überreicht werden soll.

Abg. Gruber (Zentr.)

Die Regierung würde gut tun, die im Ausschuss abgegebene Erklärung über das Verhältnis der Schulung zur Disziplin des Beschäftigten auch hier öffentlich abzugeben.

Abg. Heine (Soc.)

Es handelt sich um ein vortreffliches. Der jetzige Zustand darf nicht über den Krieg hinaus dauern. Jede veränderliche Ausnahmegestaltung muß verschwinden. Die Aufrechterhaltung des Sprachenparagrafen ist ein Zeichen mangelnden Willens und mangelnder Kenntnis. Der politische Kampf muß von einer höheren Seite aus geführt werden, nicht mit Kleinlichkeit. Das gilt auch für die Abwertung der Jugend von der Politik. Das öffentliche Leben übersteht heute alles, deshalb muß mit jedem Anstrengung.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Hörsch. Wp.):
Warum hat man mit der beschleunigten Kriegsvorbereitung dem Gebiet der Veranlagungswissenschaft nicht gebührend Aufmerksamkeit geschenkt? Eine solche Beschleunigung unserer Feinde. Unsere im vorigen Jahre vorgeschlagene Lösung wäre besser als die jetzige gewesen. Die beschleunigte Behandlung des Gesetzes ist auch politisch wichtig, weil sie die Verberührung befeuert. Eine Verberührung, die jedes Mißtrauen gegen solche Auslegung ausschließt, läßt sich nicht finden. Die Gerichte und Verwaltungsbehörden müssen begreifen lernen, daß es sich um ein Vertrauensgesetz gegenüber den Organisationen handelt. Die Tendenz, daß hier ein Punkt für die politische Haltung der Gewerkschaften angeht, ist nicht zu übersehen. Das Gesetz hat sich jetzt zu einem Doppelgesetz ausgewandelt.

Die Aufrechterhaltung der Sprachenbestimmung ist vom Hebe. Der Reichstagsratler hat in auch den Polen eine selbständige Entwicklung ihrer Eigenart zugelegt. Den russischen Polen kann man aber doch nicht mehr Rechte als den Deutschen gewähren. Hier muß die Neuorientierung einleiten. Der Ausbau muß bald erfolgen. Die gesamte Jugend soll durchaus nicht in die Politik gedrückt werden, wie politische Eingaben anzunehmen scheinen. In Gewerkschaften sollen die Jugendlichen Aufnahme finden dürfen. Gewerkschaften begreifen den Schutz der Berufsangehörigen, die Jugendlichen bedürfen seiner am meisten. Früher Jugendlicher werden die Gewerkschaften selbst einmischen. Somit bekennen sie die öffentliche Meinung gegen sich und selbst Widerspruch in ihren eigenen Reihen. Wir haben Vertrauen zu den Gewerkschaften, darum müssen wir den Schritt. Vergeblich wäre es, die Jugendlichen vor den freien Gewerkschaften zu bewahren zu wollen. Die sozialdemokratische Werbung findet schon Wege an die Jugend heranzukommen. In die Wahlversammlungen soll die Jugend nicht hinein. (Beifall.)

Abg. Jand (Natl.)

Wir können für die Rolle zum Vereinsgesetz als einem Teil einer von uns gebilligten Gesetzgebung. In Bezug auf die Jugendlichen sowie auf die Polen und die Sprachenfrage nimmt ein Teil unserer Fraktion eine abweichende Stellung ein und wird sie bei der Abstimmung zum Ausdruck bringen. Dagegen stimmen wir geschlossen gegen die sozialdemokratischen Vorschläge, deren Begründung wir voraussetzen, daß wir sie aus dem Ausschuss kennen. Ihre Annahme würde das Gesetz gefährden. Wer das Gesetz will, darf nicht für diese Vorschläge stimmen.

Abg. Dertel (Kons.)

War es nötig, während des Krieges diese Fragen anzuhängen? Die Regierungen wollten doch diese Fragen erst nach dem Kriege regeln. Soweit wir bei der Gesetzgebung mitgewirkt haben, entsprechen die Berücksichtigungen unseren Auffassungen. Aber selbst wenn man diese Entscheidungen für irrig hält, so liegen doch keine Gründe vor, die Sache zu regeln, da die Entscheidungen außer Kraft gesetzt werden und ähnliche nicht zu befürchten sind. Wir sehen in diesem Gesetz den ersten kleinen, vielleicht zaghaften Schritt in die Reform, der die sogenannte Neuorientierung hinein. Der frühere bayerische Staatsminister Dr. v. Landmann schrieb in der „Deutschen Juristen-Zeitung“, die Vorlage sei ein Entgegenkommen gegenüber der Arbeiterklasse und gegenüber den größten politischen Organisationen der Sozialdemokratie, den Gewerkschaften, eine Dankschuld an die Arbeiterklasse. Ein Entgegenkommen gegenüber der Arbeiterklasse, ein Entgegenkommen gegenüber der Sozialdemokratie. (Beifall.) (Widerstand bei der Soc. Arb.-Gen.) Das hat der Abg. Regier selbst im „Berliner“ geschrieben, und der ist mir in diesem Augenblick eine bessere Autorität für Gewerkschaften als Sie (zu der Soc. Arb.-Gen.) in diesem Winkel. (Beifall.) Es handelt sich hier um ein abschließendes Entgegenkommen gegenüber Gewerkschaften; denn bei den Arbeitgeberorganisationen gibt es wohl keine Jugendlichen.

Das Gesetz ist keine Auslegung, sondern eine erhebliche Veränderung, obwohl der Abg. Heine im Ausschuss auf dem Vordruck der Deklaration herumgeritten ist. (Beifall.) Auch wir sind an einem Entgegenkommen bereit und haben es durch einen Antrag zum Ausdruck gebracht: die Annahme des Beschlusses und die Einreichung der Satzungen den Gewerkschaften zu erlassen. Unsere Jugendlichen dürfen nicht sofort bestimmten Berufsvereinen, die sich mit Rohstoffgewinnung befassen, verfallen. Die Bestimmungen der Vorlage werden weiter für die Jugendlichen noch für die Gewerkschaften zum Vorteil sein. Diese Bedenken werden von Mitgliedern dieser Parteien geteilt; das deutete nicht nur der Abg. Dr. Jand an, sondern wir werden vielleicht solche Ansichten auch aus der Mitte der Fortschrittspartei hören; ich will keinen Namen nennen. (Beifall.) Auch die „Allgemeine Volksgenossenschaft“ hat sich in diesem Sinne. Das gleiche gilt auch wohl gegenüber den Mitgliedern der Deutschen Fraktion. (Beifall.) Die Reichspartei angehören; mögen sie auch der Fraktionsfreiheit hier ein Opfer bringen. Landwirtschaft und Industrie teilen meine Bedenken. Die Herren vom Zentrum dementieren sich aber alles auf die Entschärfung des bayerischen Landwirtschaftsgesetzes. (Beifall.) Auch der Bund der landwirtschaftlichen Arbeitervereine steht auf diesem Standpunkt. (Zuruf bei der Soc. Nat.) Ich weiß, es gilt nicht viel bei Ihnen. (Sehr richtig! bei der Soc. Nat.)

Die Bekehrung steht mit der Haltung des Abg. Dr. Müller-Meiningen wohl einverstanden sein. Kann man den Fortschrittspartei den Ausschuss an die Gewerkschaften verleiht? Sehr hier Reichsrecht vor Bundesrecht? Ich bitte um

Aufklärung, daß hier die einzelstaatlichen Bestimmungen aufrecht erhalten bleiben. Gewerkschaften haben die Vorteile haben, das Gesetz ausführen. Das kann man nicht damit abtun wollen, daß sie die Leute ein „Gesetz“ beschließen hätten. Wir führen einen ausfindigen Kampf. Das hört und nicht. Ebenfalls steht uns, daß die Herren von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit uns gegen das Gesetz stimmen. (Beifall.)

Der erste Schritt auf der Bahn der Neuorientierung ist der wichtigste für die Jugend, für die Volksebene, für unsere gesamte Entwicklung und vor allen Dingen für die Kulturverhaltung der in unserer Zeit so bitter notwendigen Minderheit. Wir können! Wir können Sie nicht aufhalten. Aber wir gehen nicht mit! (Beifall.)

Wir werden auch in Zukunft wohl noch manchmal in die Lage kommen, gegen die Mehrheit des Hauses zu stimmen.

Abg. Behrens (Deutsche Fr.)

Wir stimmen für die Vorlage, lehnen aber alle weitergehenden Vorschläge ab. Der deutsche Reichstagsratler hat die Vorlage als Ausdruck des Vertrauens der Reichstagsratler gegenüber den Arbeitern begrüßt. Das Gesetz ändert nichts an dem gegenwärtigen Zustand gegenüber den Jugendlichen. Änderungen sollen doch in den Berufsvereinigungen nicht das Wort nehmen können. Daran werden sie die vernünftigen Arbeiter schon zu hindern wissen. Die Gewerkschaften haben in ihren Veranlagungen wirklich etwas Wichtiges zu tun. In die Schulung tritt das Gesetz nicht ein. Wenn einzelne einzelstaatliche Gesetze gegen das Gesetz ausgesprochen haben, so frage ich: wo bleiben die übrigen Gesetze? Wo bleibt namentlich der evangelische Oberkirchenrat? Die Behörden können da wohl nicht allzu wichtig sein.

Ministerialdirektor Lenz:

Das Gesetz wird mit großer Mehrheit im Hause angenommen werden. Ich möchte aber vorher noch einige Fragen beantworten. Für die Frage der Schulung gilt noch die Erklärung, die der Staatssekretär Dr. Helfferich 1912 abgegeben hat, wo er sagt, das Vereinsgesetz geklärt nicht, auf ihm ein schrankenloses Koalitionsrecht aufzubauen; das Gesetz ist nicht geeignet, das Recht der Eltern, Vormünder, Erzieher und Lehrkräfte zu beeinträchtigen. Für die Schulen liegt die Sache ganz klar. Mein Vizepräsident (Herrmann) hat über 18 Jahre hindern, Versammlungen zu besuchen, niemand hat aber den Direktor hindern, solche Schüler zu befragen, niemand hat den Schulinspektoren nicht in den Klassen zu finden. Bei den Berufsvereinigungen ist die Gewerkschaften nur ganz allgemeine Bestimmungen, also weitere in den Einzelheiten vorbehalten. In Preußen würden die allgemeinen Gesetze der Schulbildung Anwendung finden. Ich möchte aber feststellen, daß der Vorschlag der Disziplinierung durch Obergerichte gezogen sind, daß die Schüler in erster Linie gewerbliche Arbeiter sind.

Gegenüber dem Abgeordneten Dr. Dertel muß ich betonen, daß es sich um ein Deklarationsgesetz handelt. Unter dem gegenwärtigen Rechtszustand geben zahlreiche Vereine unter 18 Jahren den Gewerkschaften an. In allen Gewerkschaften wird angestrebt, im Sinne der wirtschaftlichen Sozialpolitik Politik zu betreiben. Es ist nun Politik in diesem Sinne auf, wie es das Vereinsvereinsgesetz in seiner bekannten Einseitigkeit tut, so möchte ich mal die Gewerkschaft zeigen lassen, die hier nicht gegen die gesetzlichen Vorschriften verstoßen. Darf man da den Zustand fortbestehen lassen, daß Hunderttausende von Personen gegen ein Gesetz verstoßen, während das, was sie tun, nur dem Willen des Gesetzgebers entspricht, wie dieser seinerzeit ausdrücklich ausgesprochen worden ist? Hierin Jugendlichen den Gewerkschaften angehören, läßt sich nicht feststellen, jedenfalls ist aber nach den vorliegenden Untersuchungen ihre Zahl recht klein, weil ihnen im allgemeinen nach das nötige Verständnis hierfür fehlt.

Der Abgeordnete Dertel hat so auch keine Bedenken dagegen gehabt, daß Jugendliche den Gewerkschaften angehören, sondern nur dagegen, daß sie sich mit wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen befassen können. Kann denn aber nicht der Klassenkampf bei Verhandlungen in viel höherem Maße gefördert werden? (Sehr richtig!) Die Verbündeten Regierungen verstehen genau nicht die Gefahr einer Politisierung der Jugend. Dieses Gesetz trägt aber nicht dazu bei, sondern will nur verhindern, daß zu unrichtig bald gegen eine, bald gegen die andere Gewerkschaft vorgegangen wird. Die Vorlage hat in der Kommission erfreulicherweise keine Abänderung erfahren. Ich bitte Sie, auch hier den Entschluß unverändert anzunehmen.

Abg. Herzfeld (Soc. A.-G.)

Wir sind gegen das Gesetz, weil es uns nicht weit genug geht. Wir fordern die sofortige Beilegung des Sprachenparagrafen. Dieses Gesetz wird den Klassenkampf nicht mildern. Es ist ein Vorzeichen, den man den Arbeitern hinweist. Man ist den Gewerkschaften entgegengekommen, weil sie eine Arbeit im Staate gewonnen haben, weil sie 2½ Millionen Mitglieder und 80 Millionen Mark Vermögen haben. Der Reiner wendet sich gegen die alle sozialdemokratische Fraktion, weil sie dem Gesetz zustimmt. Das Gesetz ist ein Ausnahmefall gegen die Gewerkschaften (Dertel); ein Ausnahmefall gegen die Gewerkschaften. Es ist ein Gesetz für „gute“ Gewerkschaften. Die Regierung hat ausdrücklich erklärt, ihre Vorlage müßte für „Brot, Silber für Silber“, angenommen werden. (Ministerialdirektor Dertel widerpricht.) Will man die Gewerkschaften weiter in der Verleumdung lassen? Ihre Arbeiter haben sich nicht in der Verleumdung mit „Gott“ gefüllt. (Beifall.) Die Gewerkschaften können nicht nur entgegengesetzten. Der durch das vorliegende Gesetz werden Drangsalierungen der Gewerkschaften nicht ausgeschlossen.

Auf Antrag Seyda (Soc.) wird die Abstimmung über den Gesetzentwurf auf Aufhebung des Sprachenparagrafen namentlich sein.

Abg. v. Latschewski (Soc.)

fordert die Beilegung des Sprachenparagrafen. Eine Veränderung des Reichsvereinsgesetzes ohne Aufhebung der Ausnahmeparagraphenbestimmung trifft nur den neuen die alte Wunde auf.

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Im Ausschuss hat der Regierungsvorredner erklärt, daß Berufsvereine nicht lediglich deshalb für politische Vereine erklärt werden sollen, weil sie aus Mißverständnissen nichtwillkürlicher Rationalität bestehen. Damit ist festgestellt, daß auch für deutsche Reichsangehörige politische Rationalität das Gesetz immerhin eine Erleichterung bedeutet. Das kann man nur befehlen, wenn man von vornherein den verbündeten Regierungen eine ideale Auslegung unterstellt.

